

Gewerkschaften und Parteifinanzierung

Das Parteiensystem in der Bundesrepublik wandelt sich ständig. Mit dem sogenannten Zug zum Zweiparteiensystem verlieren die kleineren Parteien zusehends an Bedeutung. Immer mehr tritt die CDU/CSU als die „geborene“ oder natürliche Mehrheits-, Regierungs- und Staatspartei auf, die die SPD zur „ewigen“ Oppositionspartei reduzieren möchte. Diese Konstellation ist alles andere als eintägig und zufällig — sie ist Teil der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik und Ausdruck einer eigentümlichen wirtschaftlichen und sozialen Machtzusammenballung sowie der neuartigen konfessionellen und sozialen Gliederung. Insofern kann man das Parteiensystem der Bundesrepublik am besten als „Eindreiviertelpartei-System“ charakterisieren. Die Problematik dieser Entwicklung gerade im Hinblick auf ein echt demokratisches Zweiparteiensystem mit seinem ständigen Wechsel von Regierungs- und Oppositionspartei hat erst kürzlich Ministerpräsident *Kopf* treffend angesprochen, als er erklärte, „daß ein Zweiparteiensystem auf absehbare Zeit hinaus in Deutschland bedauerlicherweise die akute Gefahr einer Einparteien-Herrschaft mit sich bringt“ (*Die Welt* vom 13. Mai 1959).

Aber auch einzeln betrachtet haben sich die Parteien seit 1933 und 1945 stark verändert. Nach dem Bankrott der Begeisterung, den das Ende des Dritten Reiches offenkundig machte, sind sie in einem immer tieferreichenden Ernüchterungsprozeß begriffen. Sie entwickeln sich von der stark weltanschaulich geprägten freiwilligen Mitgliedervereinigung zur weitgehend entpersönlichten Staats-Apparatur, die — ähnlich wie der moderne Staat überhaupt — sowohl Züge der Herrschaftsinstitution wie aber auch der „Service“-Organisation trägt, die verschiedenste Konsumentenbedürfnisse zu befriedigen sucht. So erklärt sich das Zurücktreten der Ideologien, das bei allen Parteien festzustellen ist und das eine gegenseitige Annäherung erleichtern könnte. Diese Entideologisierung geht bei allen Parteien mit einem weitgehenden Verzicht auf jeden Versuch einer tiefgreifenden Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und damit einer Anpassung an den Status quo Hand in Hand. Längst vergangen ist die Zeit, da die SPD im Sozialismus eine Tagesforderung sah, und auch „die CDU das Bürgertum vergessen und sich zum Sozialismus bekennen konnte“ (*R. Petry, Die SPD und der Sozialismus, in: Frankfurter Hefte, IX, 1954, S. 666*). Der „großbürgerliche Zuschnitt“ der Bundesrepublik, der hier vorherrschende Konformismus, die sog. restaurativen Tendenzen, die zunächst von der bürgerlichen Mehrheitsbildung begünstigt wurden (*O. K. Flechtheim, Parteien und Organisationen in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, VIII, 1957, S. 263*), werden so immer selbstverständlicher.

Sind die Parteien als solche konservativer geworden, so hat sich zugleich innerhalb der Organisationen das politische Schwergewicht nach „rechts“ verlagert. Die Arbeitnehmerflügel haben gegenüber den Kräften des Mittelstandes und des Großbürgertums an Einfluß verloren. Insbesondere haben sich im letzten Jahrzehnt die anti-sozialistisch-bürgerlichen Strömungen in der CDU/CSU verstärkt — u. a. dank den Erfolgen der Erhardschen Wirtschaftspolitik, dank der Verhärtung der außenpolitischen Gegensätze, dank der wachsenden Machtfülle des Kanzlers und seiner „privaten“ Berater (*Pferdmenges, Globke* usw.).

Das wird auch deutlich, wenn man das Gewicht der Arbeiter und Gewerkschafter in der Bundestagsfraktion mißt. Bei 244 CDU/CSU-Mitgliedern war deren Zahl für den zweiten Bundestag auf 44 geschätzt worden. Heute ist der Gewerkschaftsflügel auf 43 Abgeordnete (unter 277!) zurückgegangen. (*Kurt Hirche, Gewerkschafter im Bundestag, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, VIII, 1957, S. 707*). Die Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre sind also in der Führung der CDU nicht nur erheblich schwächer vertreten, als ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde; ihre Zahl ist auch geringer, als man auf Grund des Anteils der Arbeiterwähler an allen CDU-Wählern erwarten könnte.

Aber auch die SPD ist im Begriff, ihren Charakter zu verändern. Trotz allen Beteuerungen, weiter eine „Arbeiterpartei“ bleiben zu wollen, ist die SPD schon längst nicht mehr einfach *die* Arbeiterpartei, die sie im 19. Jahrhundert war. (Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß jetzt sogar 154 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete gewerkschaftlich organisiert sind.) Ob es ihr gelingen wird, zu einer wirklichen Volkspartei zu werden, ist allerdings fraglich. Jedenfalls aber dürfte der Einfluß der Angehörigen des sog. „Neuen Mittelstandes“ in ihren Reihen weiter zunehmen. Sogenannte „Selbständige“, Akademiker, vor allem aber Angehörige der technischen Intelligenz und der sog. Managerschicht bestimmen mehr und mehr das Gesicht der Partei. Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms preist nicht zufällig die „freie Unternehmer-Initiative“ und betont nicht umsonst, daß die SPD dem kleineren und mittleren Industrie-Unternehmer positiv gegenübersteht. Selbst wenn diese Versuche, an neue soziale Schichten heranzukommen, nur zum Teil von Erfolg gekrönt sein sollten, können sie dazu führen, daß sich das Schwergewicht innerhalb der Partei weiter zuungunsten der Arbeiter und kleineren Angestellten verschiebt. Am Ende dieser Entwicklung stünde möglicherweise eine Partei, die etwa der heutigen Demokratischen Partei der USA in vielem ähnlich wäre.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß im Zeitalter der Massenwerbung und -propaganda die Politik immer teurer wird. Wie auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1958 in Sachen Parteifinanzierung und Steuerbegünstigung feststellt, sind heute „angesichts der großen finanziellen Aufwendungen, die ein moderner Wahlkampf erfordert, alle politischen Parteien auf Spenden angewiesen, keine kann ihren gesamten Finanzbedarf einschließlich der Kosten für die Wahlpropaganda allein aus Mitgliederbeiträgen decken“. Es wird also der grundsätzlichen Tendenz nach jeder Spender nur *der* Partei Geld geben, von der er nach Programm und bisheriger Tätigkeit in Parlament und Regierung annimmt, daß ihre Politik seinen besonderen Interessen entspricht. Eine mitgliederarme Partei wie die CDU/CSU, bei der sogar nur die Hälfte der Mitglieder Beiträge entrichten soll (*Civis*, Febr. 1955, S. 104; hier zitiert nach *Willi Peters*, Die Finanzierung der Parteien, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, VII, 1957, S. 416), hat sich ganz besonders auf die Spenden relativ weniger kapitalkräftiger Gönner verlassen müssen (vgl. hierzu und zum Folgenden: *O. K. Flechtheim*, Politische Entwicklung und Finanzierung der CDU, in: *Die Neue Gesellschaft*, V, 1958, S. 182 ff., insbes. S. 185 ff.). Immer wieder haben die Interessenverbände oder „Pressionsgruppen“ der Unternehmer und Arbeitgeber in der Industrie, im Großhandel, in den Banken durch Vermittlung der sogenannten Fördergesellschaften Millionenbeträge zur Verfügung gestellt. Die Höhe dieser Beträge wird streng geheimgehalten — immerhin haben wir genügend Anhaltspunkte, um uns eine ungefähre Vorstellung von der Größenordnung dieser Summen machen zu können. So hat für den Wahlkampf 1957 die CDU nach Schätzungen der *Deutschen Zeitung* 30 Millionen DM erhalten; dieselbe Zahl nannten auch *Der Spiegel* und die *Liberale Studentenzeitung*.

Es liegt auch genug Material dafür vor, um behaupten zu können, daß die Spender ihren Willen in der Partei durchzusetzen suchen. Zu diesem Zweck wurde die Finanzierung immer mehr zentralisiert, u. a. durch Einschaltung der „*Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V. Köln*“, deren geschäftsführender Vorstand aus Dr. *Spennrath* und RA *Gustav Stein* besteht. Im Vorstand sitzen u. a. *Fritz Berg*, *Pferdmenges* und *Paulssen*. Dieses Gremium sammelt bei 50 bis 60 Großunternehmern und gibt das Geld direkt an die Bundesverbände der bürgerlichen Parteien, wobei die FDP und DP mehr und mehr ausgeschaltet worden sind. Auf andere Finanzierungsinstitute, wie das „*Wirtschaftsbild*“ und die „*Waage*“, kann hier nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls ist der Einfluß der Förderergesellschaft auf die CDU gelegentlich so stark gewesen, daß sich sogar einige Landessekretäre und -geschäftsführer darüber beklagt haben (a.a.O. S. 188). Kein Wun-

der, daß sich auch nach einer Meldung der *Welt* vom 24. 9. 56 der damalige Minister *Kaiser* „besorgt über partei-interne Einflüsse äußerte“ und „Gefahren für den linken Flügel der CDU“ sah!

Art. 21 GG hatte vorgesehen, daß die Parteien über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben. Das ist bisher nicht geschehen — nur die SPD ist dieser Vorschrift in etwa nachgekommen (daß auch hier Lücken bestehen, ergibt sich u. a. aus dem Aufsatz von *Günter Triesch*, Die Finanzierung der SPD, in: *Die politische Meinung*, III, 1958, Heft 28, S. 36 ff.). Bei den augenblicklichen Machtverhältnissen ist nicht damit zu rechnen, daß ein Parteiengesetz so weit gehen wird, auch nur die Finanzierung der Parteien wirklich offenkundig zu machen: Der jüngste Referenten-Entwurf bleibt sogar hinter dem von 1950 zurück — die Herkunft der Spenden soll danach weiter anonym bleiben! Bei dieser Sachlage liegt es im Interesse der Demokratie, daß die Massenorganisationen auch ihr finanzielles Gewicht in die Waagschale der Parteipolitik werfen, — dies um so mehr, da, wie *Hirche* gezeigt hat, ein einheitlicher Gewerkschaftsblock nicht bestanden hat und ein erheblicher Teil der Abgeordneten in erster Linie nicht Gewerkschaftsvertreter, sondern Berufspolitiker ist. Die Beteiligung an der Finanzierung von Abgeordneten und Parteien würde dazu beitragen, daß das Übergewicht der plutokratisch-konservativen Kräfte innerhalb der Parteien und im gesamten Parteiensystem gestoppt und vielleicht sogar zurückgedrängt wurde. Als demokratische Organisationen, die den lebendigen Menschen vertreten, haben sie auch eine ganz andere Legitimation zur Parteifinanzierung als die plutokratischen pressure groups und Firmen, die das tote Kapital repräsentieren.

Parteifinanzierung seitens demokratischer Organisationen ist nichts Neues — sie ist in den alten Demokratien seit langem durchaus üblich. In England wird die Labour Party finanziell vor allem von den Gewerkschaften getragen, Aber auch in den USA haben in den letzten Jahren die Gewerkschaften immer mehr zur Finanzierung von Politikern und Organisationen, vor allem im Rahmen der Demokratischen Partei, beigetragen, soweit diese eine arbeitnehmerfreundliche Politik betreiben. Es ist an der Zeit, daß auch in Deutschland auf diesem Wege dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht entgegengetreten wird. Daß die einseitige Parteifinanzierung ein Problem darstellt, wird auch von unbefangener Seite mehr und mehr erkannt. So ist nach *Paul Sethe* Geld heute „ein Stück Verfassung und mächtiger als mancher berühmte Artikel aus dem Grundgesetz“ (*Die Welt* vom 10. 8. 1957). Und Professor *Theodor Eschenburg* hat erklärt: „Die ungehinderte Parteifinanzierung durch die finanziell potenten Kräfte erscheint als feudales Relikt im Zeitalter der Volldemokratisierung“ (*Deutsche Zeitung* u. *Wirtschaftszeitung* vom 31.8. 1957).

Hirche hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Vorhandensein von Gewerkschaftern im Bundestag Aufgabe und Verpflichtung für sie bedeutet. Vieles hänge davon ab, „inwieweit es die Gewerkschaften verstehen, ‚ihren‘ Abgeordneten zu helfen und ihnen den Rücken zu stärken“. Es läßt sich kaum darüber streiten, daß finanzielle Hilfe eine wesentliche Stütze bedeuten würde. Streiten läßt sich sicherlich darüber, in welchem Umfang und auf welchem Wege die Gewerkschaften und die anderen Massenorganisationen (Genossenschaften, Kriegsofferverbände, Mieterorganisationen usw.) die Finanzierung der Abgeordneten und Parteien im einzelnen durchführen können, ohne ihre parteipolitische Unabhängigkeit zu gefährden. In Folgendem wollen wir versuchsweise einige praktische Vorschläge zur Diskussion stellen.

Auf die Frage, *wer soll finanzielle Unterstützung erhalten*, könnte man antworten:

- 1 a) Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete usw., die Funktionäre oder aktive Mitglieder von Gewerkschaften sind, insbesondere anläßlich von Wahlkämpfen. Andere Abgeordnete, soweit sich die Gewerkschaften davon überzeugt haben, daß

diese Parlamentarier für die Interessen der Arbeitnehmer eintreten und eine wirklich demokratische und soziale Politik vertreten.

- 1b) Einzelne Parteiorganisationen (Ortsgruppen, Landesverbände usw.), soweit sie eine politische Linie verfolgen (im Stadtparlament, im Landtag usw.), die demokratisch, sozial und arbeitnehmerfreundlich ist. Besonders zu berücksichtigen sind Landesverbände und Landtagsfraktionen, die eine fortschrittliche Koalitionspolitik (etwa „soziale Koalition“) treiben. Staatsbürgerliche Bildungs- und Kultureinrichtungen der Parteien sind zu unterstützen, soweit sie im Sinne einer dynamischen Demokratie tätig werden. Auch Zusammenschlüsse von Arbeitern, Angestellten usw. in den Parteien (z. B. die Sozialausschüsse der CDU) sind finanziell zu fördern.
- 1c) Möglicherweise wäre sogar eine Finanzierung der gesamten Parteiorganisationen auf der Ebene des Bundes zu erwägen. Als Verteilungsschlüssel könnte etwa das Verhältnis der Mitglieder und Anhänger der verschiedenen Parteien in den betr. Gewerkschaften zugrunde gelegt werden.

Die Frage, *wer finanzieren soll*, könnte wie folgt beantwortet werden:

- 2a) Einzelne Gewerkschaftsmitglieder ermächtigen ihre Gewerkschaft, regelmäßig einen bestimmten Prozentsatz ihres Mitgliedsbeitrages oder einen bestimmten zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag zu erhebenden Betrag an die politische Partei ihrer Wahl abzuführen.
- 2b) Orts-, Kreis-, Bezirks- usw. -Verwaltungen beschließen nach eingehender Vorbereitung auf ihren Mitglieder-, Delegierten- usw. -Konferenzen, mit bestimmten Beträgen Abgeordnete oder Parteiorganisationen zu unterstützen. Eine Gewerkschaft beschließt auf ihrem Gewerkschaftstag, Finanzierungen gemäß Punkt 1 a), b) oder c) durchzuführen.

Schließlich noch einige wenige Anregungen dazu, *wie finanziert werden soll*:

- 3a) Die Finanzierung soll „mit gutem Gewissen“ erfolgen — sie soll in aller Öffentlichkeit beraten und beschlossen werden. Sie muß Ausfluß demokratischer Willensentscheidungen der Mitglieder und Funktionäre sein. Wenn auch nicht stets Einstimmigkeit zu erreichen sein wird, so muß eine Majorisierung von Minderheiten vermieden werden. Wo sich verschiedene politische Strömungen oder Auffassungen gegenüberstehen, wird ein Kompromiß anzustreben sein. Die Gewerkschaftseinheit darf nicht gefährdet werden.
- 3b) Die Frage der Finanzierung ist daher auch nicht zuletzt ein politisch-pädagogisches Problem. Die Diskussion aller damit zusammenhängenden Fragen soll der Aktivierung der Mitglieder und Funktionäre im Geiste echter staatsbürgerlicher Verantwortung und demokratischer Einflußnahme auf das Gemeinwesen dienen: Der Plutokratie ist die Demokratie entgegenzustellen! Jeder Gewissenszwang und materielle Druck ist absolut unzulässig — es darf nur mit den Mitteln echter politischer Erziehung und Bildung gearbeitet werden.
- 3c) Es ist zu erwägen, ob besondere Organe und Ausschüsse für diese Aufgaben zu bilden sind. Diese müßten sich mit der organisatorischen, propagandistischen und politischen Seite der Finanzierung besonders beschäftigen. Sie müssen gegebenenfalls später miteinander in Verbindung treten, um das gesamte Problem der Finanzierung möglichst einheitlich und wirkungsvoll zu lösen. Ein Gesamtausschuß aller beteiligten Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Massenverbände könnte schließlich eine bedeutende Rolle spielen.
- 3d) Die hier vorgeschlagene Form einer breiten, öffentlich vorgenommenen Finanzierung macht jeden Versuch einer Geheimfinanzierung „unter der Hand“ unmöglich.